

Der Uni-Bund in der Weimarer Republik

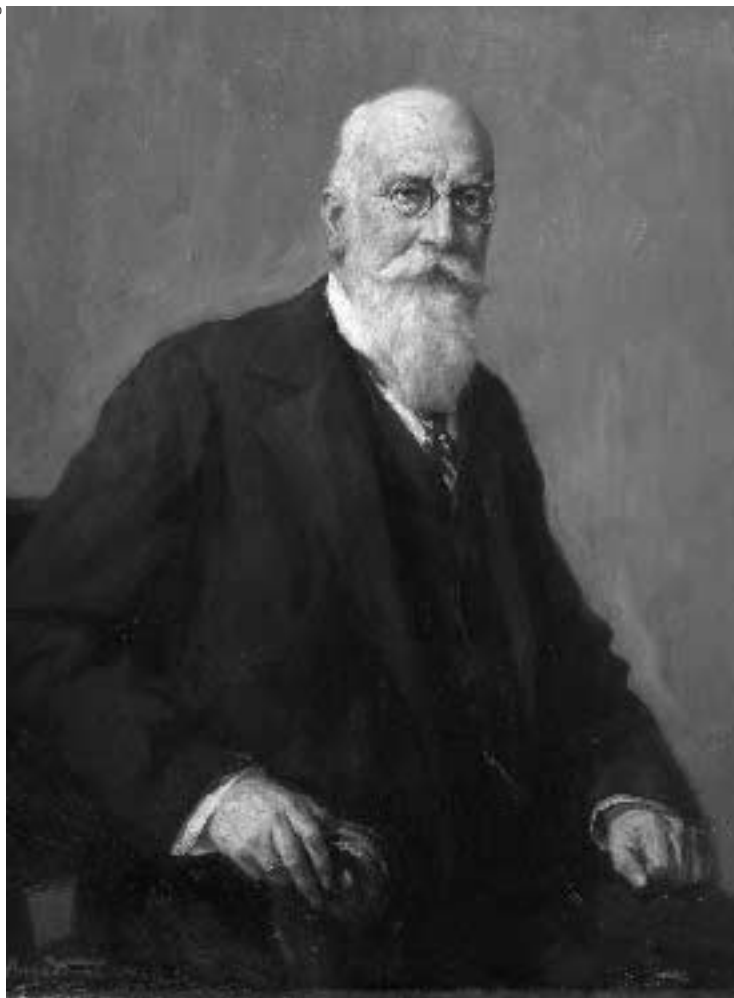
Die Haltung des Marburger Universitätsbundes zur demokratischen Staatsform

Nach der Gründungsversammlung im Dezember 1920 begann eine rege Werbetätigkeit für den Universitätsbund, der sich neben den daraus gewonnenen Spenden und Beiträgen auch vieler neuer Mitglieder erfreuen konnte. Während der Hauptversammlung im Juni 1921 wurden die Gremien des Universitätsbundes formell gewählt. An der Spitze des Bundes stand der ehemalige Marburger Student und damalige Generaldirektor der Farbwerke Hoechst, Geheimrat Dr. Adolf Haeuser, der dieses Amt bis zu seinem Tode im Jahre 1938 bekleidete.

Nach der Hauptversammlung setzte sich die positive Entwicklung des Universitätsbundes zunächst fort, ehe die andauernde Inflation bis zum Jahre 1923 fast sein gesamtes Vermögen zerstörte und 1924/25 ein Neuanfang gemacht werden musste. In den folgenden Jahren gelang es dem Bund, analog zur politischen und wirtschaftlichen Stabilität in Deutschland, in allen seinen Aufgabengebieten Erfolge zu erzielen. Die Mitgliederzahl stieg kontinuierlich an und erreichte 1929 mit über 3300 ihren Höhepunkt. Entsprechend dieser Entwicklung stieg auch das Vermögen des Bundes an, so dass der Universität regelmäßig große Summen für die Unterstützung verschiedener Projekte zur Verfügung gestellt werden konnten. Die bedeutendste dieser Beihilfen war sicherlich die Finanzierung des Universitätsmuseums zum Universitätsjubiläum 1927. Aber auch die Zahl der Vorträge in Orten der Region, die Zahl der Bundesgruppen und der Umfang der „Mitteilungen des Universitätsbundes“ (also dem ersten Vorläufer des heutigen „UniJournals“) entwickelten sich gut.

Diese Wachstumsphase wurde durch die Weltwirtschaftskrise gestoppt. In allen genannten Bereichen setzte ein Abwärtstrend ein, der bis

Bild: Foto Marburg



Geheimrat Dr. Adolf Haeuser, von 1921-1938 Vorsitzender des Uni-Bundes

zum Ende der Weimarer Republik und auch darüber hinaus andauerte. So sank beispielsweise die Mitgliederzahl bis Anfang 1933 auf unter 2700 ab, der Erlös aus Mitglieds- und Fördererbeiträgen nahm um gut 20 Prozent ab.

Wie aber verhielt sich nun der Universitätsbund zur Weimarer Republik, in der er sich, abgesehen von der Inflationszeit und mit Abstrichen in der Zeit der Weltwirtschaftskrise, sehr gut entwickeln konnte? Und an welchen Indikatoren lässt sich die Haltung des Bundes zur Weimarer Staatsform ablesen?

Die Hauptversammlungen

Satzungsgemäß hielt der Universitätsbund einmal im Jahr im Mai oder Juni seine Hauptversammlung ab, in deren Rahmen beispielsweise über die Beihilfen für die Universität entschieden wurde und turnusgemäß Wahlen stattfanden. Begleitet wurde die Hauptversammlung stets von einem Rahmenprogramm mit Besichtigungen universitärer Einrichtungen oder wissenschaftlichen Vorträgen. Ein wichtiger Bestandteil dieses Begleitprogramms war auch, sofern es

terminlich passte, die Teilnahme an der Sonnenwendfeier der Studentenschaft. Die Sonnenwendfeiern waren in den zwanziger Jahren mit einer starken Rückbesinnung auf Bismarck und das Kaiserreich sowie auf die damalige Großmachtstellung Deutschlands verbunden und hemmten somit die Identifikation mit der Weimarer Republik.

Welche Bedeutung die Sonnenwendfeier für die Mitglieder des Bundes hatte, zeigte sich bereits während der ersten Hauptversammlung im Juni 1921, in der Haeuser sagte: „Meine Damen und Herren, wer gestern diese erhebende Feier oben am Bismarckturm mitgemacht hat, der wird gehobenen Geistes von dannen ziehen. Der erfrischende Eindruck der kräftigen Jugend, die patriotischen Töne, die dort erklangen, erfüllen uns alle mit frohem Mut. Und namentlich unsere Freunde, die aus dem besetzten Gebiet kommen, denen es ja weder gestattet ist, deutsche Fahnen herauszuhängen, noch patriotische Lieder zu singen, für sie war das, was sie gehört und gesehen, eine wahre Herzenserquickung.“

Auch in den weiteren Jahren gehörte die Teilnahme an der Sonnenwendfeier zu den „Höhepunkten“ der jährlichen Treffen, so auch 1923, wie einem Bericht des Vorstandes an den Vorsitzenden, der zur Hauptversammlung nicht zugegen sein konnte, zu entnehmen ist: „Der eindrucksvollste Teil war auch diesmal die Feier an der Bismarcksäule, wo der Rektor und ein Student schöne vaterländische Ansprachen hielten.“ In den Folgejahren gelang es jedoch nicht, die Hauptversammlung terminlich parallel zur Sonnenwendfeier abzuhalten, was vor allem an der Vorbereitung des Universitätsjubiläums lag. Nach dem Jubiläumsvorstand versuchte jedoch der Vorstand, hier in Person des Schatzmeisters Dr. Ludwig Pfeiffer, die Tradition aus den

Bild: Foto Marburg



In den Anfangsjahren des Uni-Bundes gehörte die Teilnahme an den Sonnenwendfeiern am Bismarckturm zu den Höhepunkten der Jahreshauptversammlungen.

Anfangsjahren wieder aufzunehmen: „Ich bin aber sehr dafür, die Hauptversammlung wieder mit der Sonnenwendfeier zu verbinden, denn die letztere hat nach meinen Beobachtungen stets in besonderem Mass auf die Teilnehmer gewirkt.“ Trotzdem fand die Hauptversammlung in den Jahren zwischen 1928 und 1933 nicht zur Sonnenwendfeier statt, da die Termine entweder mit dem geplanten Programm der Hauptversammlung kollidierten oder einige Vorstandsmitglieder an den entsprechenden Wochenenden verhindert waren.

Durch die Bedeutung, die er den Sonnenwendfeiern zumaß, zeigte der Bund deutlich seine ablehnende Haltung gegenüber der demokratischen Staatsform. In diesem Zusammenhang muss aber darauf hingewiesen werden, dass diese Position nicht isoliert in der Universitätslandschaft der Weimarer Republik war. Etliche Untersuchungen belegen die Rückbesinnung vieler Universitätsangehöriger auf die Kaiserzeit und die Bedeutung bestimmter Feste und Symbole, mit denen an das Kaiserreich erinnert wurde – auch an der Philipps-Universität.

Dies soll aber die Haltung des Bundes nicht relativieren, zumal er auch durch die Reden und Ansprachen während der Hauptversammlungen eine klare Distanz zur Weimarer Republik zeigte. Bereits in der zitierten Rede während der ersten Hauptversammlung kritisierte Haeuser indirekt das Parteiensystem der Weimarer Republik und forderte stattdessen eine Gemeinschaft aller Deutschen, die vom Patriotismus geleitet werden sollten: „Wir wollen hinwegsehen über die Gegnerschaften, die uns in politischer, religiöser und wirtschaftlicher Richtung trennen; wir wollen uns auf den gemeinschaftlichen Boden unserer gemeinsamen deutschen Kultur stellen und auf den Boden der gemeinsamen Arbeit für unser Volk. Jeder gute Deutsche soll uns willkommen sein.“ Zum Abschluss seiner Rede drückte Haeuser die Hoffnung aus, dass das Universitätsjubiläum 1927 in einem „neuen, besseren, schöneren Deutschland“ stattfinden möge. Obwohl unklar bleibt, wie seine Vorstellungen konkret ausgesehen haben, ist doch unzweifelhaft, dass er mit seinen Worten kein Bekenntnis zur Weimarer Republik abgegeben hat.

Seine Kritik am Parteiensystem wiederholte Haeuser auch in einer Rede zum zehnjährigen Bestehen des Universitätsbundes und verband sie mit der Hoffnung auf ein erstarktes Deutschland. Dabei diente Haeuser die bevorstehende Räumung des Rheinlandes als willkommener Anlass: „Unser Volk, in inneren Kämpfen zerklüftet und zersplittert, stöhnt unter dem Druck geistiger und wirtschaftlicher Not. Wie es aber unserem Universitätsbunde auf seinen, wenn auch kleinen, Gebieten nur durch einiges Zusammenarbeiten möglich gewesen ist, unserer deutschen Wirtschaft und unserer deutschen Kultur zu dienen, so mögen auch alle Deutschen endlich erkennen, daß über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg es die Pflicht eines Jeden ist, mitzuarbeiten für das Wohl des deutschen Volkes. Nur durch gemeinschaftliche Arbeit im Dienste unseres Volkes können wir zu einer Gesundung gelangen. [...] Ein Lichtstrahl allerdings fällt in das Dunkel dieser Zeit. Noch wenige Tage, und der letzte Feind verläßt den deutschen Boden! Am 1. Juli ist Deutschland wieder frei! Möge die

Morgenröte dieses Freiheitstages dem deutschen Volke neue Kraft und neuen Mut verleihen, sein Geschick zum Besten wenden.“

Diese Belege sollen genügen, um die politische Einstellung Haeusers darzulegen. Wie aber stand der Vorstand des Universitätsbundes zur Weimarer Republik? Ein Ereignis zu Beginn der 1930er Jahre gibt darüber Aufschluss.

Der Streit mit der Hamburger Bundesgruppe

Zur Jahreswende 1930/31 entbrannte ein Konflikt mit der Hamburger Bundesgruppe des Universitätsbundes, ausgelöst durch den Abdruck der Rede des Marburger Juristen Professor Alfred Manigk zur Verfassungsfeier der Universität am 27. Juli 1930 in den Mitteilungen des Universitätsbundes. Manigk hatte in seiner Rede unter anderem dazu aufgerufen, die Weimarer Republik und die Demokratie zu akzeptieren.

Dieser Aufruf erzürnte die Bundesgruppe des Universitätsbundes in Hamburg. Einige Mitglieder er-

klärten ihren Austritt aus dem Universitätsbund, und der Vorsitzende der Bundesgruppe, Dr. Paul Blunk, schrieb am 30. Dezember 1930 an den Schriftführer des Bundes, Professor Walter Troeltsch. In diesem Brief warf er dem Universitätsbund eine einseitige politische Stellungnahme vor und verlangte Auskunft über das „Volkstum“ und die Parteizugehörigkeit von Manigk sowie über den politischen Standpunkt des Universitätsbundes. Dabei fragte Blunk beispielsweise, ob der Abdruck auf „direkten Wunsch der Parteiregierung Braun, Severing, Grimme“ geschehen sei oder ob der Bund von genannter Regierung unter der Bedingung Gelder erhalte, für deren Ideen zu werben. Letztlich forderte er durch seine Fragen eine direkte und öffentliche Distanzierung des Universitätsbundes vom Inhalt der Rede.

Die Reaktionen des Vorstandes

Als Quellen zur Beurteilung der Reaktionen liegen ein Briefwechsel innerhalb des Vorstandes sowie das Protokoll einer Vorstandssitzung vor.

Der Rektor der Universität Marburg und damit der stellvertretende Vorsitzende des Universitätsbundes, Professor Max Versé, sorgte sich in einem Schreiben an Haeuser um das Ansehen der Universität, wenn der Eindruck entstünde, dass der Universitätsbund von Spendern aus Politik oder Wirtschaft abhängig sei. Dies würde die Freiheit von Forschung und Lehre berühren und deshalb zu einer Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Universität und Universitätsbund führen. Die Universität habe durch einen Senatsbeschluss diesem Eindruck vorgebeugt, denn in Zukunft dürften bei akademischen Feiern nur noch rein wissenschaftliche Vorträge gehalten werden. Dabei verteidigte Versé Manigk nicht, sondern erwähnte lediglich, dieser sei für den Inhalt seiner Rede selbst verantwortlich.

Haeuser distanzierte sich in einem Brief an Troeltsch sehr stark von der Rede des Juristen: „Der Vortrag des Herrn Manigk hat auch bei mir starkes Befremden erregt.“ Mit diesen Worten untermauerte der Vorsitzende seine ablehnende Haltung zur Weimarer Republik, die be-

reits seine Reden während der Hauptversammlungen verdeutlichten.

Lediglich Troeltsch zeigte in einem Schreiben an Schatzmeister Pfeiffer generelle Distanz zu den Vorwürfen: „Ich hoffe, Sie verstehen, dass wir als Beamte mit etwas stärkerem Masse die Angriffe des Herrn Dr. Blunk zurückgewiesen zu sehen wünschen, auch auf die Gefahr hin, dass uns dadurch politische Fanatiker verloren gehen.“ Die Position von Troeltsch scheint zwar eher in der Loyalität zum Staate als in persönlicher Überzeugung zu bestehen, aber er nennt als einziger die Möglichkeit, dass der Universitätsbund durchaus auf die „politischen Fanatiker“ verzichten könnte.

Unter diesen Vorzeichen fand am 17. Januar 1931 eine Vorstandssitzung statt, in der ein von Versé verfasster Antwortentwurf an Blunk mit einigen Änderungen beschlossen wurde, „selbst auf die Gefahr, dass dieser Brief einige Austritte nach sich ziehen sollte“. In dem Antwortbrief vom 20. Januar äußerte sich Haeuser, nachdem er jeden Vorwurf der Einflussnahme von Politik oder Wirtschaft sowie der Parteilichkeit entschieden zurückgewiesen hatte, zur Person Manigks. Dem Vorstand schien es dabei wichtig zu sein, das „Deutschtum“ des Redners nicht in Frage zu stellen. Darüber hinaus wurde lediglich auf die Überparteilichkeit des Bundes und die Eigenverantwortlichkeit des Redners für das Gesagte mit der Bemerkung hingewiesen, dass sich damit Vorwürfe, der Bund mache sich die Gedankengänge Manigks zu eigen, wohl erledigt hätten. In der Hoffnung, durch diese Stellungnahme seien die Differenzen beigelegt, schloss die Antwort des Vorstandes.

Die Formulierung des Briefes stand in keinem Verhältnis zu der



alle drei Bilder: Archiv der Philipps-Universität

Professor Max Versé, damaliger Rektor der Philipps-Universität und stellvertretender Vorsitzender des Uni-Bundes.

Schärfe der Worte von Blunk. Weder wurden die Inhalte der Rede und damit die demokratische Staatsform verteidigt, was aber nach den ersten internen Äußerungen auch nicht zu erwarten war, noch eine deutliche Entschuldigung oder gar ein Amtsverzicht von Blunk gefordert. Der Stil des Briefes lief scheinbar nur darauf hinaus, nicht noch mehr Öl ins Feuer zu gießen und die Gemüter in Hamburg zu beruhigen. Personelle Konsequenzen wurden überhaupt nicht erwogen.

Wenig später reiste Pfeiffer nach Hamburg und klärte die Angelegenheit vor Ort. Seine Erleichterung über die Beilegung der Differenzen ist einem Bericht über die Reise deutlich zu entnehmen. Troeltsch war ebenfalls erfreut und hoffte, wie aus einem Brief an Pfeiffer hervorgeht, dass „sich die Aufgeregtheit



Professor Alfred Manigk rief zur Akzeptanz der Weimarer Republik auf und löste damit einen Konflikt aus.

der Herren Nationalsozialisten allmählich wieder legen wird“. In einem weiteren Schreiben an Pfeiffer begrüßte er auch das Verbleiben von Blunk im Vorstand, weil dadurch weitere Erschütterungen verhindert würden. Zwar bliebe ein „fatale[r] Beigeschmack“, da sich Blunk nicht ausdrücklich beim Vorstand entschuldigen wollte, aber dies schien Troeltsch nicht so bedeutsam wie die Hoffnung, dass nun wieder Ruhe eintreten könnte.

Dieser interne Vorfall zeigt, wie sehr der Vorstand am Wohl des Universitätsbundes interessiert war und dafür auch in Kauf nahm, dass be-



Professor Walter Troeltsch war Schriftführer des Bundes von 1924 bis 1933

kannte Nationalsozialisten in ihren Bundesgruppen vertreten waren. Insgesamt bekannte sich der Universitätsbund nie zur Weimarer Republik, womit er allerdings in der deutschen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft nicht alleine stand. Diese politische Zurückhaltung änderte sich 1933 grundlegend. Der Universitätsbund, im Einklang mit den Universitäten insgesamt, wandte sich sehr rasch den neuen Machthabern und ihrer Politik zu. Jörg Pawelletz

Wie das Verhalten des Universitätsbundes während der NS-Zeit dann konkret aussah, soll im nächsten, abschließenden Teil umrissen werden.

Impressum

Das Marburger UniJournal wird vom Präsidenten der Philipps-Universität und vom Vorstand des Marburger Universitätsbundes herausgegeben.

Redaktion:

- Klaus Walter (kw), Leiter des Referats für Öffentlichkeitsarbeit der Philipps-Universität (verantw.)
Telefon: (0 64 21) 28-2 60 07; E-Mail: walter@verwaltung.uni-marburg.de

- Cornelia von Soosten (CvS), Marburger Universitätsbund e.V.
Telefon: (0 64 21) 28-2 58 66; E-Mail: soosten@verwaltung.uni-marburg.de

Der Bezug des UniJournals ist im Mitgliedsbeitrag für den Marburger Universitätsbund enthalten.

Anschrift der Redaktion:

Pressestelle der Universität
Biegenstraße 10
35032 Marburg
Fax: (0 64 21) 28-2 89 03
Sekretariat: Christel Bamberger
Telefon: (0 64 21) 28-2 61 48

Grafisches Konzept:

Stankowski + Duschek, Stuttgart
Anzeigen und Druck:
Bernecker Mediagruppe Melsungen
Telefon: (0 56 61) 7 31-0
Versand: Lahn-Werkstätten Marburg
Auflage: 9000

Das Marburger UniJournal erscheint viermal im Jahr

ISSN 1616-1807

Foto: Grabmann



Kontakt:

Jörg Pawelletz, M.A.
Historiker und Mitarbeiter der Zentralen Arbeitsstelle für Studienorientierung und -beratung
Tel.: (06421) 28-26304
Fax: (06421) 28-26795
E-Mail: zasinfo2@verwaltung.uni-marburg.de